

EUROPAPARLAMENT MAGAZIN



Foto: Angelika Demmerschmidt

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Ich freue mich sehr, Ihnen mein zweites Europamagazin präsentieren zu können. Seit eineinhalb Jahren bin ich nun Europaabgeordneter für die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) und habe tiefe Einblicke in die

„ Ich konnte viele interessante Kontakte vor Ort knüpfen, die mir insbesondere beim Thema Menschenrechte nützlich sind. “

politischen Strukturen des Europaparlaments erhalten. Meine Fraktion Die Grünen/ Freie Europäische Allianz bringt mir großes Vertrauen entgegen, so dass ich als Vertreter der Fraktion viele politische Reisen ins Ausland unternommen habe. Zu Verhandlungen war ich im Iran und konnte dort unter anderem mit dem iranischen Außenminister und einer der stellvertretenden Staatspräsidentinnen sprechen. Zudem besuchte ich die Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag in New York und eine Tagung der Welthandelsorganisation (WTO) in Nairobi. Diskutieren konnte ich auch mit dem Gründer und Oberbefehlshaber der ehemaligen Freien Syrischen Armee. Er erklärte mir sehr detailliert die Fehler des deutschen Militäreinsatzes in Syrien – ein Problem, das für die Flüchtlingspolitik in Deutschland von großer Bedeutung ist. Mit meinen Brüsseler Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern habe ich einige Tage in Israel/Palästina verbracht, um mich vor Ort über die Lage zu informieren. Nicht immer waren die Ergebnisse der Reisen für mich zufrieden stellend, aber ich konnte viele interessante Kontakte vor Ort

knüpfen, die mir insbesondere beim Thema Menschenrechte nützlich sind.

Aber ich war nicht nur im Ausland unterwegs, sondern habe in ganz Deutschland Vorträge über TTIP, Mobilfunk und Asylpolitik gehalten. So bin ich ins Gespräch mit vielen Bürgerinnen und Bürgern gekommen und habe festgestellt, dass ihnen die Gefahren der Freihandelsabkommen CETA, TTIP und TiSA bewusst sind. Insbesondere dominieren die Sorgen um unsere Demokratie, unseren Rechts- und unseren Sozialstaat. Die Zweifel wachsen, dass wir unsere Standards beibehalten können, wenn die Freihandelsverträge in Kraft getreten sind. Natürlich haben zudem die vielen Flüchtlinge, die sich auf dem Weg zu uns gemacht haben, viele Bürgerinnen und Bürger bewegt. Neben einer großen Hilfsbereitschaft habe ich auch kritische Stimmen wahrgenommen, die das Credo der Kanzlerin „Wir schaffen das“ hinterfragen. Bitte lesen Sie hierzu mein Konzept (S.4/5), in dem ich auf Fluchtursachen hinweise und Lösungen für die derzeitige Situation anbiete.

Mit den Konsequenzen der Massentierhaltung habe ich mich ebenfalls intensiv beschäftigt und dazu eine Kampagne mit dem Titel „Klaus graust's“ gestartet. Die derzeit weit verbreitete Haltung, bei der die Tiere dicht gedrängt in riesigen vollautomatisierten Ställen stehen, nimmt nicht nur den Tieren jegliche Würde, sie ist auch für die Menschen gefährlich, da sich durch die vorbeugende Fütterung der Tiere mit Antibiotika Bakterien mit gefährlichen Resistenzen entwickeln können. Mehr dazu finden Sie auf Seite 2.

Ich wünsche Ihnen gute Unterhaltung beim Lesen!

Es grüßt Sie herzlich,
Ihr

Prof. Dr. Klaus Buchner
Mitglied des Europäischen Parlaments

„KLAUS GRAUST'S“: Warum Massentierhaltung Menschen krank macht

In der industriellen Massentierhaltung werden sehr große Mengen an Antibiotika eingesetzt. Dadurch entwickeln sich Antibiotika-Resistenzen, welche katastrophale Auswirkungen auch für uns Menschen haben. Durch die Freihandelsabkommen CETA und TTIP würden noch zusätzliche Millionen Tonnen Fleisch aus industrialisierter Tierhaltung auf den europäischen Markt geschwemmt. Ärzte prophezeien, dass bald keine Antibiotika mehr wirken.

Wenn Antibiotika, diese Wunderwaffe der Medizin, keine Wirkung mehr haben, weil sie keine Bakterien mehr abtöten, spricht man von Antibiotika-Resistenzen. Jedes Jahr sterben weltweit in zunehmendem Ausmaß Menschen an Infektionen, weil Antibiotika – wegen dieser fortschreitenden Resistenzen – nicht mehr greifen. Wenn jetzt nicht schnellstens etwas unternommen wird, können nach einer Studie der Berliner Universitätsklinik Charité im Jahr 2050 weltweit mehr Menschen an Antibiotika-resistenten Keimen sterben als an Krebs.

Durch wiederholte, breite und falsche Anwendung von Antibiotika – vor allem in

Es werden sehr große Mengen Antibiotika vor allem vorbeugend zur Bekämpfung von Infektionen verabreicht!

der Massentierhaltung (jedoch auch beim Menschen) – werden resistente Bakterien geradezu gezüchtet. Wenn dann bei einer ernstesten Infektion ein Antibiotikum eingesetzt wird, überleben die resistenten Bakterien und vermehren sich, die nichtresistenten Bakterien sterben. Die resistenten Bakterien können ihre genetische Information auch an andere Bakterien weitergeben, mit der Folge, dass diese ebenfalls resistent werden. Bei diesen Keimen wirkt dann kein Antibiotikum mehr und die Infektion führt zum Tode.

Am Anfang steht die industrielle Massentierhaltung

In der Massentierhaltung werden sehr große Mengen Antibiotika zur Bekämpfung von Infektionen vor allem vorbeugend ver-

abreicht. Diese sehr hohen Dosen führen bei den Tieren zunehmend zu resistenten Keimen, welche dann auf das Fleisch übertragen werden. Durch die Gülle gelangen außerdem die resistenten Killerbakterien auf die Felder und damit auf Obst und Gemüse und ins Grundwasser. Auf Menschen, die in der Massentierhaltung tätig sind, werden die Keime ebenfalls übertragen und gelangen über Körper-Kontakte wieder zu anderen Menschen. Das heißt, die resistenten Keime aus der Massentierhaltung verbreiten sich über mehrere Wege zu immer mehr Menschen. Ein MRSA-Träger, d. h. ein Mensch, der mit dem Keim MRSA (Methicillin resistenter Staphylococcus aureus) besiedelt ist, zeigt oft keine Krankheitssymptome und fühlt sich gesund. Überträgt er jedoch diesen Keim auf einen kranken, geschwächten, verletzten oder frisch operierten Patienten, führt dies immer häufiger zu unbehandelbaren Infektionen mit Multiorganversagen und Todesfolge, weil Antibiotika zunehmend wirkungslos werden. Da diese geschwächten Menschen sich in der Regel im Krankenhaus befinden, spricht man allgemein von „Krankenhauskeimen“.

Was hat das alles mit dem Welthandel zu tun?

Die Freihandelsabkommen CETA und TTIP würden weitere Millionen Tonnen Fleisch aus den brutalen Massentierfabriken aus Kanada und den USA zu uns befördern. Die industrielle Tierhaltung ist auch hierzulande, wie z. B. in Niedersachsen, wo Schweine im Sekundentakt geschlachtet werden, so keinesfalls hinnehmbar. Ohne Rücksicht auf die Gesundheit von Mensch und Tier profitieren weltweit die Konzern-

riesen mit Milliardenumsätzen. Schon jetzt werden über 40 Prozent der Getreide- und Maisernte weltweit zur Tiermast verwendet und 75 Prozent aller Agrarnutzflächen für die Tierzucht beansprucht. Die geplanten Freihandelsabkommen CETA und TTIP werden unsere bäuerliche Landwirtschaft, welche durch die desaströse Agrarpolitik ohnehin um die Existenz kämpft, weiter ins Abseits drängen.

Als ÖDP-Europaabgeordneter setze ich mich mit aller Kraft dafür ein, diese Abkommen zu verhindern und unsere regionalen Produkte zu stärken. Gesundes Fleisch ohne hohe Dosen an Antibiotika bedingt gute Tierhaltung – Tierfabriken dagegen machen Mensch und Tier krank.

Mit meiner Kampagne „Klaus graust's“ möchte ich auf diese Missstände aufmerksam machen und fordere:

1. Sofortiges Verbot von Reserve-Antibiotika in der Massentierhaltung.
2. Erheblich höhere Auflagen und Kontrollen, damit weniger Antibiotika und sonstige Medikamente bzw. Chemikalien in der Massentierhaltung eingesetzt werden.
3. Verbot der Vergabe von Medikamenten an gesunde Tiere.
4. Trennung des Arzneimittelverkaufs von der tierärztlichen Behandlung.
5. Schluss mit der Förderung von Großmastanlagen.
6. Ökologische Agrarwirtschaft mit streng zertifizierten Produktionsabläufen.
7. Artgerechte Tierhaltung.
8. Mittelfristige Abschaffung der Massentierhaltung.

Mehr Infos unter www.klausgrausts.eu
Bleiben Sie immer auf dem Laufenden und liken Sie uns bei Facebook: www.facebook.com/klausgrausts



Screenshot: <http://klausgrausts.eu>

Ende der Stierkampf-Subventionen in Sicht

Der Schutz unserer Mitgeschöpfe ist eine wichtige Aufgabe. Zwar kommen wir oft nur in kleinen Schritten voran, aber durch die gute Vernetzung mit Verbänden können wir Erfolge erzielen. Deshalb bin ich im Parlament auch in der Intergroup „Animal Welfare“ engagiert – gemeinsam kämpfe ich mit anderen Abgeordneten für die Rechte der Tiere.

Pelze im Parlament

Besonders skandalös ist für mich die Tatsache, dass selbst die Verwaltung des Europäischen Parlaments oft keine Sensibilität für das Thema Tierschutz besitzt. So sollte im vergangenen September in den Räumen des Parlaments eine Pelzmoden-Ausstellung stattfinden – natürlich organisiert von der Pelz-Lobby. In einem Protestbrief wies ich Parlamentspräsident Martin Schulz darauf hin, dass die Tiere auf Pelzfarmen massiv leiden und dass solche Veranstaltungen nicht zum Image eines tierfreundlichen Europas passen. Meinungsumfragen zeigen: Die große Mehrheit der EU-Bürgerinnen und Bürger betrachtet Pelztierzucht als inakzeptabel. Neben dem großen Leid der betroffenen Tiere trägt die Pelztierzucht auch zu Umweltschäden wie z.B. der Grundwasserbelastung bei. Eine solche Veranstaltung in Brüssel wäre auf jeden Fall ein schlechtes Signal aus dem Europäischen Parlament. Ich bat Martin Schulz deshalb, die geplante Werbeveranstaltung der Pelzindustrie mitten im Herz der europäischen Demokratie nicht zu gestatten. Leider fand die Veranstaltung trotzdem statt, aber ich finde es wichtig, dass wir als Parlamentarier unsere Meinung zu solchen Lobby-Events laut äußern.

Singvögel auf Malta

Schon seit über einem Jahr beschäftigt mich die schreckliche Situation der Singvögel auf Malta: Dort dürfen Singvögel abgeschossen und an Restaurants verkauft werden, weil sie als Delikatesse gelten. Außerdem werden sie ausgestopft und als Trophäen angeboten. Die Schätzungen für die Gesamtzahl getöteter Vögel schwanken zwischen 200.000 und einer Million jährlich.

Nachdem meine Anfrage an die Europäische Kommission, welche Schritte sie gegen diese Tierquälerei unternimmt, kein greifbares Ergebnis gebracht hat, haben andere Abgeordnete und ich einen Brief

„ Ich fordere Spanien auf, die grausame Tradition der Stierkämpfe nun umgehend zu verbieten! “

an den Umweltkommissar Karmenu Vella (Malta) geschrieben und um Hilfe für die Singvögel gebeten.

Im Sommer musste der Vogelschutz dann einen weiteren Rückschlag einstecken: Auf Malta bleibt die umstrittene Vogeljagd im Frühling erlaubt. Bei einer Volksbefragung stimmte die maltesische Bevölkerung mehrheitlich knapp dafür. Die Befürworter der Frühlingssjagd auf Wachteln und Turteltauben siegten demnach mit 50,4 Prozent vor einer Koalition aus Nichtregierungsorganisationen, die das Referendum vorangetrieben hatte. Ich verspreche Ihnen, am Thema dranzubleiben und mich dafür einzusetzen, dass der Singvogel-Mord auf Malta endlich beendet wird.

Gute Nachrichten für Stiere

Aber es gab im vergangenen Jahr auch Erfolge für die Tiere zu verzeichnen: Die Subventionen für Landwirte, die Stiere für Stierkämpfe züchten, wurden abgelehnt –

dank eines Änderungsantrages meiner Fraktion. Das Europäische Parlament hatte im Rahmen einer Abstimmung über den EU-Haushalt 2016 auch die Agrarsubventionen bewilligt, darin waren Direktzahlungen für die Zucht von Kampfstieren vorgesehen. Doch der Änderungsantrag der Fraktion Grüne/EFA hatte Erfolg. Eine Mehrheit der Abgeordneten hat für ein Ende der Stierkampf-Subventionen gestimmt. Bislang mussten jährlich 30.000 Stiere einen qualvollen Tod sterben. Diese Tierquälerei wird nun nicht mehr wie bislang mit europäischen Geldern finanziert. Das ist ein großer Erfolg für den Tierschutz. Ich fordere Spanien auf, die grausame Tradition der Stierkämpfe nun umgehend zu verbieten. Als nächster Schritt hin zum fertigen EU-Haushalt 2016 muss nun der Rat der Mitgliedstaaten auf den Entwurf des Parlaments antworten. Er ist gut beraten, sich einer solch breit getragenen Entscheidung auf Druck der Bürgerinnen und Bürger nicht entgegenzustellen. Anschließend ist es dann an der EU-Kommission, für die Umsetzung des Beschlusses zu sorgen.

Petitionen

Ich habe im vergangenen Jahr viele Petitionen für Tierschutz unterstützt: Die Albert-Schweitzer-Stiftung hat den EU-Kommissar für Klimaschutz und Energie, Miguel Arias Cañete, aufgefordert, auch die Massentierhaltung und ihre Auswirkungen auf Umwelt und Klima im Blick zu behalten. Menschen für Tierrechte hat eine Petition ins Leben gerufen, die sich europaweit gegen Tierversuche für Haushaltsprodukte ausspricht. Für



Die Subventionen für den Stierkampf gehören hoffentlich bald der Vergangenheit an.

Foto: Clemens Schübler/fotolia.com

den Erhalt der natürlichen Lebensräume von Elefanten und den Schutz vor Jägern habe ich meine Unterschrift bei stae.org geleistet.

Schutzsuchenden Hilfe bieten

Zurzeit ist eine sehr große Zahl von Flüchtlingen unterwegs. Natürlich müssen wir den Menschen helfen, die nach einer oft lebensgefährlichen Fahrt bei uns ankommen. Aber ist es nicht auch unsere Pflicht zu fragen, warum sie fliehen müssen, und wie man verhindern kann, dass so viele Menschen dabei in Lebensgefahr geraten?

Eine große Zahl von Flüchtlingen stammt aus Kriegsgebieten oder aus Ländern, in denen sie unmittelbar von Gewalt bedroht werden. Gegenüber den Schutzsuchenden aus diesen Gebieten hat Europa eine Verpflichtung, denn der Westen hat unter Beteiligung europäischer Staaten zur Instabilität in vielen Regionen beigetragen: in Afghanistan, im Nahen Osten und in etlichen Ländern Nordafrikas. Wenn wir als Europäer in die Souveränität dieser Staaten eingreifen, müssen wir auch die Konsequenzen tragen und wenigstens denen helfen, die dadurch in Not geraten sind.

Fluchtgründe

Aber es gibt noch andere Gründe, weshalb Menschen aus ihrer Heimat fliehen: Durch den Klimawandel dehnen sich die Wüstengebiete aus – bisher fruchtbare Regionen trocknen aus. In weiten Teilen Zentralafrikas gehen die Ernteerträge dramatisch zurück. Wir sind gefordert, durch geeignete technische Maßnahmen und durch einen Umbau der Landwirtschaft in diesen Regionen die Folgen des Klimawandels abzumildern.

Andere Flüchtlinge versuchen der wirtschaftlichen Notlage zu entkommen, die bei ihnen zuhause herrscht. So erreichen uns Viele aus Westafrika, wo europäische Schiffe die Fischbestände so sehr dezimieren, dass die Einheimischen nicht mehr vom Fischfang leben können. Meine politische Forderung: Der Fischfang der europäischen Flotten muss stark eingeschränkt werden.

Andere afrikanische Länder werden von Importen aus Europa so sehr überschwemmt, dass die Landwirtschaft darunter leidet und die industrielle Entwicklung massiv behindert wird. Zölle, die das verhindern könnten, sind wegen der Freihandelsabkommen mit Europa verboten. In diesen Ländern lebt der Großteil der Bevölkerung von der Landwirtschaft. Die Bauern sind auf den Verkauf ihrer Erzeugnisse angewiesen, um Medikamente, Baumaterial, Kleidung zu kaufen und Schulgeld zu bezahlen. Die Billigimporte schneiden sie von ihrer einzigen Einnahmequelle ab. Hier war für mich die Konferenz der Welthandelsorganisation

in Nairobi, an der ich teilnahm, eine große Enttäuschung. Die Beschlüsse, die die Subventionen für den Export von Lebensmitteln beschränken sollten, waren das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben wurden. Der Profit der amerikanischen Farmer und der europäischen Agrarkonzerne war das entscheidende Kriterium. Es wäre kein Pro-

” Auch muss der Verkauf von Waffen in Krisengebiete gestoppt werden.

blem gewesen, die wichtigste Quelle des Hungers in Afrika trocken zu legen, wenn die USA und Europa das gewollt hätten.

Fairer Handel sieht anders aus

Andererseits werden die Exporte aus den Entwicklungsländern nach Europa meist nur von wenigen Firmen durchgeführt. Die Verlierer sind die Bauern aus den Entwicklungsländern, weil sie oft nur von einem einzigen Exporteur abhängen, der die Preise diktiert. Ein fairer Handel sieht anders aus! Hier hat die Welthandels-Konferenz von Nairobi die Situation noch verschlimmert. Denn staatliche Stellen, die Mindestpreise für die Exportgüter festlegen oder sich sonst in den „freien“ Handel einmischen, werden sehr starken Beschränkungen unterworfen, so dass sie die Preise kaum beeinflussen können. Selbst Organisationen der Bauern, die sich in einer Art Gewerkschaft zusammenschließen, um angemessene Preise zu erzwingen, wurden praktisch unmöglich gemacht.

Damit weniger Menschen aus ihrer Heimat fliehen, muss auch der Verkauf von Waffen in Krisengebiete gestoppt werden. Sie werden oft zur Unterdrückung der eigenen Bevölkerung oder in bewaffneten Auseinandersetzungen eingesetzt.

Ein weiteres Problem stellt die Vertreibung der Landbevölkerung dar, die an vie-

len Orten zugunsten westlicher Konzerne stattfindet. Dieses Landgrabbing ist nicht nur für die enteigneten Bauern eine Katastrophe; es verschlechtert auch die Ernährungssituation im ganzen Land drastisch. Landgrabbing findet sehr häufig statt, in Äthiopien, Kenia, Uganda und vielen anderen Ländern. Das alles ist nur deshalb möglich, weil unsere Freihandelsabkommen mit diesen Ländern entsprechende Gesetze fordern. Zurzeit werden viele neue Abkommen mit afrikanischen Staaten ausgehandelt. Sie haben keine andere Wahl als sie zu akzeptieren, denn

sonst würden ihnen der Zugang zum europäischen Markt und zur Entwicklungshilfe versperrt. Es ist ein Skandal, dass es den Entwicklungsländern im Rahmen der jetzt schon gültigen WTO-Verträge nicht gestattet ist, große Vorräte an Nahrungsmitteln anzulegen, um schlechte Ernten zu überbrücken. Das würde nämlich die Nahrungsmittel-Spekulationen behindern.

Wir sind also an der wirtschaftlichen Not vieler Flüchtlinge zumindest mitschuldig. Die Probleme und Fluchtursachen sind oft hausgemacht. Dabei ist auch zu bedenken, dass in extremen Notsituationen oft radikale Regierungen die Macht ergreifen. Menschen, die aus solchen Ländern zu uns kommen, werden als „Wirtschaftsflüchtlinge“ möglichst schnell wieder abgeschoben. Ist das gerecht?

Überfüllte Lager

Auf der Flucht nach Europa sterben immer noch Tausende. Dabei würden Viele lieber in ihrer Heimat oder wenigstens in ihrem Kulturkreis bleiben. Aber die Flüchtlingslager sind hoffnungslos überfüllt: So leben in Jordanien etwa ebenso viele Flüchtlinge wie eigene Bürger. Im Libanon sieht es nicht viel besser aus. Es ist offensichtlich, dass diese Länder, die zusammen schätzungsweise drei Millionen Flüchtlinge aufgenommen haben, mit der Situation völlig überfordert

sind. Entsprechend fehlt es in den Lagern an Allem. Um wenigstens die größte Not zu lindern und auch um die Menschen zum Bleiben zu ermutigen, müssen wir die Lager in ganz anderem Maße als bisher finanziell unterstützen.

Welche Lösungen gibt es?

Ich schlage aufgrund der akuten Notlage vor, für die Betreuung der Flüchtlinge in den Flüchtlingslagern vor Ort jährlich einen Betrag von einem Prozent des deutschen Staatshaushalts über die nächsten drei Jahre zu investieren. Die anderen EU-Länder sollen sich in ähnlicher Weise beteiligen.

Außerdem müssen wir mehr Kontingentflüchtlinge aufnehmen: Das sind in diesem Fall Schutzsuchende, deren unmittelbare Gefährdung durch Verfolgung, Kampfhandlungen oder lebensbedrohende Armut vor Ort von Europäischen Beamten geprüft wurde und die sicher mit dem Flugzeug nach Europa kommen können. Diese Aufnahmestellen können z.B. bei Flüchtlingslagern eingerichtet werden. Die Auswahl der Schutzsuchenden muss nach unseren Asylgesetzen erfolgen, d.h. sie muss aus rein humanitären Gesichtspunkten getroffen werden. Eine Bevorzugung der „nützlichsten Arbeitnehmer“ darf auf keinen Fall stattfinden.

Diese Flüchtlinge sollen auf die europäischen Länder je nach deren Größe, Einwohnerzahl und finanziellen Möglichkeiten verteilt werden. Die Arbeitsgenehmigung und die Auszahlung der Sozialleistungen müssen auf das festgelegte Aufnahmeland

” So leben in Jordanien etwa ebenso viele Flüchtlinge wie eigene Bürger. “

beschränkt bleiben, da sonst eine ausgewogene Verteilung auf alle Länder nicht mehr möglich wäre.

Den Schleppern das Handwerk legen

Für Flüchtlinge ist der Weg nach Europa lebensgefährlich. Die Fliehenden werden von den Schleppern zum Teil sehr schlecht behandelt, Frauen sogar missbraucht, und die Familien um ihr letztes Ersparnis gebracht. Zum Teil kümmern sich die Schlepper auf



Foto: DRUGO_1.0/fotolia.com

den Booten nicht einmal um das Nötigste wie Wasser und Nahrung und lassen die Schiffbrüchigen im Zweifel allein und ihrem Schicksal überlassen.

Wenn sich aber wirklich alle Schutzsuchenden schon außerhalb Europas registrieren müssen, dann werden die menschenverachtenden Aktivitäten der Schlepper gestoppt. Asylanträge, die innerhalb Europas gestellt werden, dürfen nur noch in besonderen Fällen bearbeitet werden. Bis alle diese Maßnahmen durchgeführt sind, müssen wir aber den schiffbrüchigen Flüchtlingen im Mittelmeer helfen. Ich unterstütze persönlich ein solches Schiff, das privat finanziert wird und Leben retten soll.

Folgerung

Ohne Zweifel stellt uns die hohe Zahl von Flüchtlingen vor große Herausforderungen, die wir bewältigen müssen, wenn wir den inneren Frieden und den Zusammenhalt der Bevölkerung bewahren wollen. Diese Aufgabe kann und muss bewältigt werden.

Integration darf nicht bedeuten, dass sich die neuen Mitbürger in allem an uns angleichen, so dass sie sich nicht mehr von uns unterscheiden. Wir müssen aber erreichen, dass sie sich vollständig in unser Gemeinwesen eingliedern, d.h. dass sie Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern haben, am allgemeinen sozialen Leben einer Gemeinde teilnehmen und sich in die Arbeitsprozesse einfügen. Dazu muss jeder Mitbürger die deutsche Sprache so weit beherrschen, dass dies alles möglich ist. Dagegen ist es nicht nötig, dass er seine Lebensgewohnheiten vollständig an unsere anpasst oder gar seine Muttersprache aufgibt.

Mein ausführliches Konzept finden Sie auf meiner Website: www.klausbuchner.eu/politik/asyl.html

Asyl in der Europäischen Union

Die Entwicklung eines Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) ist ein wesentlicher Bestandteil bei der Einführung eines gemeinsamen Asylverfahrens sowie eines einheitlichen Schutzstatus' für Flüchtlinge in der gesamten EU.

Seinen Ursprung hat das GEAS in der Entwicklung des Schengen-Raums mit der Abschaffung der Grenzkontrollen an den Binnengrenzen und dem dadurch erforderlichen Schutz der inneren Sicherheit. Damit sowohl die Freizügigkeit als auch die Sicherheit der Menschen gewährleistet werden konnten, musste die Zusammenarbeit in der EU in vielen Bereichen, darunter auch Einwanderung und Asyl, verbessert werden.

Fünf Rechtsinstrumente gelten heute als Bausteine der europäischen Asylpolitik und bilden zusammen den „Asyl-Bestand“: die Aufnahmerichtlinie, die Anerkennungsrichtlinie, die Asylverfahrensrichtlinie, die Dublin-III-Verordnung und die Eurodac-Verordnung.

Bis Mitte 2013 sind neu gefasste Regelungen zu einem GEAS in Kraft getreten, mit denen die bestehenden Rechtsinstrumente weiter entwickelt worden sind. Die Änderungen betreffen die Asylzuständigkeit der Mitgliedstaaten, das Asyl- und Anerkennungsverfahren und die Aufnahmebedingungen. Das Ziel sind gerechte und effiziente Verfahren mit hohen Schutzstandards, mit denen auch Missbrauch verhindert werden kann. Unabhängig davon, in welchem Mitgliedstaat sich Schutzsuchende aufhalten, sollen sie eine gleichwertige Behandlung bei den Aufnahmebedingungen und den Verfahrensgarantien sowie hinsichtlich der Festlegung des Schutzstatus' erhalten.

Zum GEAS gehört auch die Einrichtung des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO), das im Juni 2011 seine Tätigkeit auf Malta aufgenommen hat.

Windgas statt Atomkraft!

Auf vielfältige Weise habe ich mich in den vergangenen Monaten mit den Themen Atomkraft und Radioaktivität beschäftigt. Ob es um die Beihilfen für Atomkraftwerke ging oder um den Atomdeal mit dem Iran. Fest steht für mich: Atomenergie ist eine veraltete Technologie, die ersetzt werden muss!

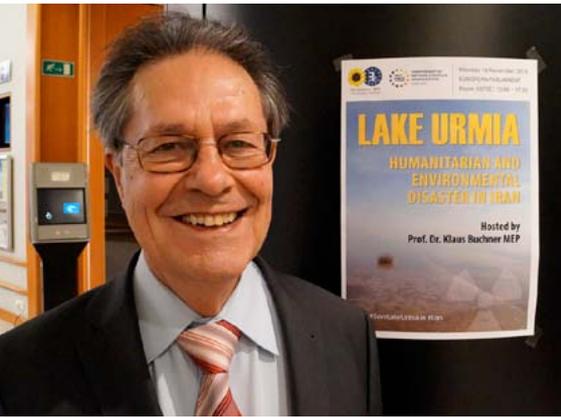


Foto: Simone Lettenmayer

Iran

Im November vergangenen Jahres habe ich im Europäischen Parlament eine Konferenz zum Urmia-See im Iran veranstaltet. Der Urmia-See, ein UNESCO-Biosphärenreservat und einst einer der größten Salzwasserseen der Welt, ist um dramatische 90 Prozent geschrumpft. Die Austrocknung des Sees hat nicht nur verheerende Auswirkungen auf die örtliche Flora und Fauna, sondern auch auf die Gesundheit der Bevölkerung in den umliegenden Regionen. Die Key Lake Mine (bekannte Uranmine in Kanada) hat ein knappes Prozent an Uran, der Sand des Urmia-Sees 0,2 Prozent. Die bisherigen Uranminen sind bald erschöpft und die Menge des Sands im Urmia-See ist sehr groß. Deshalb haben diese Uranvorkommen eine große Bedeutung. Die gesundheitlichen Folgen für die umliegende Bevölkerung sind fatal; allein der Salzgehalt des Sands macht Felder unbrauchbar. Durch die Winde wird der Sand in einem Umkreis von bis zu 500 Kilometern weit fort getragen und umliegende Felder sind für den Anbau von Nahrungsmitteln kaum noch zu gebrauchen. Die Konferenz zeigte: Es ist noch viel Arbeit nötig, um die iranische Regierung zum Handeln zu bewegen. Als Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu Iran hoffe ich, dass der Nukleardeal neue Wege für eine konstruktive Zusammenarbeit eröffnet.

Zudem fordere ich, dass die Atomkraft zurückgedrängt und in Erneuerbare Energien investiert wird. Dieses historische Abkommen ist eine einmalige Chance für

eine Annäherung an den Iran. Es hat große Bedeutung für die Machtverhältnisse in der gesamten Region und muss mit viel diplomatischem Fingerspitzengefühl behandelt werden. Der Einigung mit dem Iran gingen lange und zähe Verhandlungen voraus, die immer wieder von Rückschlägen geprägt waren. Obwohl wir erst am Anfang einer möglichen Zusammenarbeit stehen, bietet dieses Abkommen nun die einzig realistische Chance, die Menschenrechte im Iran zu verbessern.

AKW

Mitte des Jahres konnte ich die Klage der österreichischen Regierung gegen die staatlichen Beihilfen für das britische AKW Hinkley Point C vor dem Europäischen Gerichtshof unterstützen. Die EU-Kommission hatte die Beihilfen der britischen Regierung trotz massiver Proteste im Oktober genehmigt. Ich begrüße die Klage, denn die staatlichen Beihilfen, die unter anderem einen garantierten Stromabnahmepreis beinhalten, sorgen für eine massive Wettbewerbsverzerrung zugunsten der Atomkraft. Der Versuch, der gefährlichen und teuren Atomenergie zu einer Renaissance zu verhelfen, muss jedoch unbedingt verhindert werden. Nach neuesten Berechnungen könnte sich die staatlich garantierte Einspeisevergütung für Hinkley Point C auf Sicht von 35 Jahren auf über 100 Milliarden Euro belaufen. Falls das britische Beispiel Schule macht, würden andere Länder wie Polen oder Ungarn in ihren Plänen zum Bau neuer Atomkraftwerke ermutigt.

Um die Energiewende in Deutschland und Europa voranzubringen, fordere ich den Gesetzgeber auf, die Hürden bei der Nutzung von Windgas endlich zu beseitigen. Windgas könnte die aufgrund der Wetterlage bedingten Fluktuationen bei der Einspeisung aus Solar- und Windkraftwerken ausgleichen, indem es die Energie speicherbar macht.

Auch in Belgien gibt ein Atomkraftwerk Grund zur Sorge: Der Schrottreaktor in Tihange wird nach Ausfällen immer wieder hochgefahren, z. B. auch nach Bränden.

Selbst die belgische Atomaufsicht hat im August vergangenen Jahres die Staatsanwaltschaft eingeschaltet, da es immer wieder zu Störfällen gekommen war. Viele ÖDP-Mitglieder haben sich an Demonstrationen gegen Tihange beteiligt, insbesondere aus Nordrhein-Westfalen. Da Tihange nur 70 Kilometer von Aachen entfernt steht, wären bei einem Atom-Unfall weite Teile Nordrhein-Westfalens betroffen. Ich fordere die belgische Regierung auf, das AKW Tihange sofort stillzulegen, bevor es zu einem noch gravierenderen Unfall als bisher kommt

Atomwaffensperrvertrag

Im Mai war ich als akkreditiertes Mitglied der deutschen Delegation bei den Verhandlungen zum Atomwaffensperrvertrag in New York. Leider sind die Verhandlungen gescheitert, da keine Einigung erzielt wurde. Damit wird es bis zur nächsten Überprüfungskonferenz in fünf Jahren keine neuen verbindlichen Regeln über Abrüstung und Nichtverbreitung von Atomwaffen zwischen den Partnerstaaten geben. Das Scheitern der Konferenz ist umso bedauerlicher, da das Verhandlungsklima in den ersten Tagen noch sehr gut war. In der zweiten Woche prallten die Gegensätze jedoch aufeinander. Die Staaten mit Atomwaffen wollten in der gegenwärtigen Situation nicht abrüsten, obwohl dies schon beim ersten Vertragsabschluss 1955 verbindlich festgelegt worden war. Die kernwaffenlosen Staaten waren darüber empört.

Doch auch Staaten ohne Atomwaffen haben die Verhandlungen durch ihre sture Haltung erschwert. Die arabischen Staaten wollten zwar eine kernwaffenfreie Zone im Nahen Osten schaffen, waren aber nicht bereit, über Sicherheitsgarantien für Israel zu verhandeln. Deshalb haben Kanada, Großbritannien und die USA sich geweigert, einem Abschlussdokument zuzustimmen, das die Einrichtung einer solchen atomwaffenfreien Zone vorgesehen hätte.

Für mich hat Abrüstung höchste Priorität, da allein schon der Besitz und die Lagerung von Atomwaffen ein großes Gefahrenpotential darstellt und es bereits mehrfach zu gefährlichen Unfällen mit Kernwaffen gekommen ist.

Mehr Infos zum belgischen AKW Tihange:
www.stop-tihange.org/de/

Hintergrundinfos zum AKW Hinkley Point C:
www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/greenpeace_energy_factsheet_hinkley.pdf

Brücken bauen

Immer wieder inspirieren mich Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern. Nah dran an den Menschen und ihren Ideen, Sorgen und Wünschen – so begreife ich mein Mandat. Aber auch der Austausch mit anderen Politikern steht bei mir ganz oben auf der Agenda. Denn für mich ist klar: Nur im persönlichen Kontakt können wir Gräben überwinden und Brücken zueinander bauen!



Foto: Sabine Meyer

In Teheran begrüße ich den iranischen Außenminister Mohammed Sarif



Foto: Ralf Preuss

Nach einer sehr gut besuchten Veranstaltung zu Mobilfunk diskutiere ich angeregt mit den Bürgerinnen und Bürgern



Foto: Angelika Demmerschmidt

Besichtigung des Naturschutzreservats in Oberhaid mit Bürgermeister Carsten Joneitis



Foto: Angelika Demmerschmidt

Auf dem Europatag in München bin ich mit einer Bürgerin im Gespräch



Foto: Astrid Buchner

TTIP war das Thema dieser vollbesuchten Podiumsdiskussion in München



Foto: Angelika Demmerschmidt

Beim Stallrundgang mit Landwirt Johann Schamberger und Gunter Senf, ÖDP-Kreisvorsitzender von Fürstenfeldbruck



The EUD is partially financed by the European Parliament which is not responsible for the contents of this communication

Kontaktdaten:

Bürgerbüro Berlin

Mitarbeiter: Claude Kohnen, Florence von Bodisco
Abgeordnetenbüro Buchner
Ebelingstr. 8, 10249 Berlin
Tel. +49 (0) 30/ 42 08 67 00
kohnen@klausbuchner.eu, bodisco@klaubuchner.eu

Büro München

Mitarbeiterin: Angelika Demmerschmidt
Tel. Mobil: +49 (0) 172 95 42 700
demmerschmidt@klausbuchner.eu

Büro Brüssel/Straßburg

Mitarbeiter: Paul Diegel, Simone Lettenmayer
Rue Wiertz 60, Raum 04E205
1047 Brüssel/Belgien
Tel. Brüssel: 0032 2 28 377 39
Tel. Straßburg: 0033 3 881 757 39
klaus.buchner@europarl.europa.eu

EUD Büro

Europeans United for Democracy
Rue du Trône 113, 1050 Brüssels, Belgien
Tel. 0032 2 503 05 14
info@europeansunitedfordemocracy.org
www.europeansunitedfordemocracy.org

Meine Webseiten:

www.klausbuchner.eu

Hier veröffentliche ich regelmäßig Berichte über meine Tätigkeit. Gerne können Sie sich in den Newsletter-Verteiler eintragen und bekommen direkt Informationen über meine Arbeit im Europäischen Parlament.

www.klausgrausts.eu

Soziale Medien:

Facebook:

www.facebook.com/prof.dr.klausbuchner

Diese Seite können Sie auch lesen, wenn Sie kein eigenes Profil auf Facebook haben.

www.facebook.com/klausgrausts

Twitter:

https://twitter.com/Dr_KlausBuchner

YouTube:

www.youtube.com/channel/UC5mvLOELxWV00VHYjrxAeYA



Kampagne: „Vorsicht beim Mobilfunk“

Mein Büro hat eine Kampagne für mehr Gesundheitsschutz beim Mobilfunk ins Leben gerufen, um insbesondere junge Menschen für den Gebrauch von Headsets zu sensibilisieren. Headsets und Aktionspostkarten können kostenlos in meinem Berliner Büro bestellt werden. Mehr Infos: www.klausbuchner.eu/politik/mobilfunk-strahlung.html

Besucherguppen

Immer wieder kommen Besucherguppen nach Brüssel oder Straßburg, um bei einer Plenarsitzung dabei zu sein und um das Parlament anzusehen. Als Parlamentarier habe ich ein bestimmtes Kontingent an Besucherinnen und Besuchern, deren Reise ich aus meinem Budget finanziell unterstützen kann. Bitte wenden Sie sich bei Interesse rechtzeitig an meine Brüsseler Mitarbeiterin Simone Lettenmayer.



Horia Bogdan/shutterstock.com